

CDU: „Ohne Rampen keine Zustimmung“

PLÄNE Der Verwaltungsausschuss entscheidet am 30. Januar über den geplanten Tunneldurchstich

Der bisherige Vorschlag sei „nicht radfahr- und behindertenfreundlich“. Das sagt Fraktionschefin Beatrix Kuhl.

VON EDGAR BEHRENDT

LEER - Kommt der Tunneldurchstich, oder kommt er nicht? Am 30. Januar entscheidet der Verwaltungsausschuss endgültig darüber, ob die Stadt Leer mit finanzieller Hilfe der Bundesbahn die bestehende Unterführung im Bahnhof bis zur Reimersstraße durchstechen lassen soll, um einen modernen Ersatz für den in die Jahre gekommenen Tunnel in der Bremer Straße zu schaffen. Das Zünglein an der Waage spielt die Fraktion der CDU, die sich bislang dagegen ausgesprochen hat. Allerdings soll dies auf höherer Parteiebene – bei der Bundestagsabgeordneten Gitta Connemann und dem Landtagsabgeordneten Ulf Thiele – auf Kritik gestoßen sein. Beide unterstützen die Stadt bei den Verhandlungen mit der Bahn.



Die Unterführung im Bahnhof soll bis zur Reimersstraße durchgestoßen werden. ARCHIVBILD

Öffentlich äußern sich die beiden Abgeordneten zurückhaltend und betonen, „dass die Entscheidung alleine beim Rat der Stadt liegt“. Abgesehen davon, ob der Durchstich realisiert werde oder nicht, sei es wichtig, „dass jetzt schnell eine Entscheidung für die Sanierung

des Bahnhofs getroffen wird“, erklärt Connemann. Die Aufnahme der Stadt ins Sanierungsprogramm „Niedersachsen ist am Zug II“ sei eine einmalige Chance. Bund und Land seien bereit, erhebliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Die Menschen litten täglich unter der fehlenden

Barrierefreiheit. So sieht das auch Ulf Thiele. Es sei bereits ein Jahr verloren worden, was die Umsetzung des Sanierungsprogramms betrifft, sagt er, betont aber auch, dass die Fördermittel insbesondere dafür fließen, dass eine Schwellenfreiheit erreicht werde.

Genau da liegt der Kritikpunkt der Leerer CDU-Fraktionschefin Beatrix Kuhl – was den aktuellen Vorschlag für den Tunneldurchstich betrifft. Sie bemängelt, dass zwar Aufzüge vorgesehen sind, „aber keine Rampen“. Das bedeute, dass Radfahrer ihre Räder auf einem schmalen Seitenstreifen der Treppenaufgänge hoch- und runterschieben müssten. „Ein Tunneldurchstich ohne radfahr- und behindertenfreundliche Rampen macht für uns keinen Sinn, vor allem dann nicht, wenn gleichzeitig der Tunnel an der Bremer Straße geschlossen wird“, betont sie – und fordert den Bürgermeister dazu auf, „mit Bund und Land über Zuschüsse nachzuverhandeln, damit wir zu einer einvernehmlichen Lösung für alle Bürger kommen, die wirklich historisch ist“.

„Die Fakten liegen auf dem Tisch“, sagt dagegen Bürgermeister Wolfgang Kellner. Zur Kritik von Beatrix Kuhl stellt er allerdings fest, „dass wir auch später noch die Möglichkeit haben werden, Rampen einzubauen“.